

Erst nach der Schließung der vielen US-Militäranlagen in der Region Kaiserslautern können neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen!



Lydia Westrich, SPD-MdB

"Die aktuelle Personalentwicklung an den Pfälzer US-Standorten ist alarmierend", erklärten gestern die Abgeordneten Lydia Westrich und Gustav Herzog. Im vergangenen Jahr gab es dort erneut massive Entlassungen deutscher ziviler Mitarbeiter. Vor dem Hintergrund neuer Sicherheitskonzepte verfolgen die US-Streitkräfte eine Personalpolitik, die zunehmend qualifizierte deutsche Mitarbeiter abbaut und deren Arbeitsplätze mit Amerikanern oder Leiharbeitern neu besetzt. ... Lydia Westrich und Gustav Herzog machten den Vertretern der



Gustav Herzog, SPD-MdB

US-Botschaft deutlich, dass die Personalpolitik der US-Army zu einem dramatischen Absinken der Akzeptanz der Streitkräfte bei der Bevölkerung führt. Den Belastungen durch Fluglärm, den Umwelt- und Gesundheitsschäden steht schon länger nicht mehr das Argument vieler guter, sicherer Arbeitsplätze für die Regionen entgegen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden!

Das obige Zitat ist einer Presseerklärung des auch für Teile der Region Kaiserslautern zuständigen SPD-Bundestagsabgeordneten Gustav Herzog vom 19.03.08 entnommen (s. <http://www.gustav-herzog.de/>). Darin wird über einen "Runden Tisch" der SPD-Fraktion in Berlin zur angespannten Situation der zivilen Beschäftigten bei den US-Streitkräften in Rheinland-Pfalz und Bayern informiert. An dieser Gesprächsrunde unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, hatten neben den regional zuständigen SPD-Abgeordneten auch Vertreter der betroffenen Gewerkschaft ver.di, der Betriebsvertretungen bei den Stationierungsstreitkräften, Vertreter der US-Botschaft, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Verteidigungsministeriums teilgenommen.

Richtig ist die Feststellung, dass immer weniger deutsche Zivilbeschäftigte bei den US-Streitkräften arbeiten. Falsch ist die Forderung, die Gustav Herzog und Lydia Westrich aus dieser seit langem zu beobachtenden Entwicklung ableiten. Diese Entwicklung ist nämlich nicht zu stoppen, weil die US-Streitkräfte wegen des weiter sinkenden Dollarkurses, ihrer ständig wachsenden Finanznot und der hohen Arbeitslosigkeit in den USA lieber billigere US-Zivilisten ganztags oder noch billigere Angehörige von US-Militärs in Teilzeit beschäftigen. Weil diese Fakten auch durch Appelle von Bundestagsabgeordneten nicht zu ändern sind, werden in wenigen Jahren nur noch vereinzelte deutsche Arbeitskräfte aus Alibi Gründen bei den US-Stationierungsstreitkräften beschäftigt sein.

Bei der Beschwörung des angeblich unverzichtbaren "Wirtschaftsfaktors US-Streitkräfte" werden immer drei Komponenten genannt: die Arbeitsplätze für deutsche Zivilbeschäftigte, die Vermietung von Wohnobjekten an US-Amerikaner und die Umsätze mit US-Kunden.

Die **Vermietungen** sind stark rückläufig, was bei einem derzeitigen Leerstand von über 1.100 bisher von US-Mietern bewohnten Häusern und häufig sehr großen Wohnungen nicht länger zu übersehen ist. Dieser Trend wird sich durch den weiteren Abzug von US-Truppen aus der Bundesrepublik unaufhaltsam fortsetzen. (s. auch LP 162/07, 167/07, 195/07 und 196/07)

Die bisher **mit US-Kunden erzielten Umsätze** im einheimischen Einzelhandel oder im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sind wegen der Dollarschwäche gewaltig eingebrochen und werden nach der Eröffnung des neuen Einkaufs- und Hotelkomplexes KMCC auf der US-Air Base Ramstein gegen Null tendieren. (s. auch LP 068/08)

Dass die **"vielen Tausend Arbeitsplätze" bei den US-Streitkräften** wie Schnee in der Sonne dahinschmelzen, hat sich jetzt sogar bis in den Bundestag herumgesprochen. (s. auch LP 004/05), denn damit entfällt das Hauptargument, mit dem jede Initiative niedergemacht wird, die das völkerrechts- und verfassungswidrige Treiben auf den US-Basen in der Bundesrepublik beenden möchte.

Dieser sagenhafte "Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte", der nach nie von offiziellen deutschen Stellen verifizierten US-Angaben jährlich über 1 Milliarde US-Dollar in die "Region" geschwemmt haben soll – in die unsere "amerikanischen Freunde" halb Europa einbeziehen – verkehrt sich langsam aber sicher ins Gegenteil (s. auch LP 006/05 und 007/05). **An den US-Stationierungsstreitkräften lässt sich nicht nur kein Geld mehr verdienen, sie kommen uns sogar immer teurer zu stehen.** Nach Angaben der deutschen Botschaft in Washington kosten die US-Basen in der Bundesrepublik die deutschen Steuerzahler jährlich die Milliarde US-Dollar, die nach Angaben auf geduldigem US-Papier angeblich in die "Region" zurück fließen soll (<http://www.germany.info/relaunch/info/publications/infocus/bases/value.html>). Wenn wir die entgangenen Steuern und Abgaben, die Stationierungsstreitkräfte und ihr Gefolge nicht zu zahlen brauchen, und die Zuschüsse zu allen US-Ausbaumaßnahmen – allein für die US-Air Base Ramstein sind bisher ca. 300 Millionen Euro geflossen – auch in Rechnung stellen, bleibt unterm Strich ein dickes Minus. Dabei sind die Folgekosten für Umweltschäden und Erkrankungen fluglärmterrorisierter, schadstoffbelasteter Anwohner noch nicht einmal berücksichtigt.

Weil "die Akzeptanz der US-Streitkräfte bei der Bevölkerung dramatisch abgesunken ist", wird es höchste Zeit, endlich etwas gegen ihre bereits länger als 60 Jahre dauernde Anwesenheit zu unternehmen. Wenn die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten aus der Westpfalz mehr Arbeitsplätze für deutsche Zivilisten fordern, um die "Akzeptanz" wieder zu erhöhen, ist das genau der falsche Weg. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sich unsere Region nur ohne US-Streitkräfte wirtschaftlich weiterentwickeln kann (s. auch LP 055/06, 070/08 und 077/08). Ein sanfter Tourismus und aus der TU Kaiserslautern erwachsende Hightech-Betriebe werden mehr Arbeitsplätze schaffen, als das US-Militär je zu bieten hatte.

Nicht nur aus wirtschaftlichen, auch aus politischen Gründen ist die Schließung sämtlicher US-Einrichtungen in der Westpfalz und in der ganzen Bundesrepublik dringend geboten, damit sie nicht länger für die völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der USA und der NATO missbraucht werden können. Das sollte auch das primäre Ziel der beiden SPD-Bundestagsabgeordneten und ihres Parteivorsitzenden, des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, sein.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern